



VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

UBA-Konferenz 12.04.2018

Urbaner Umweltschutz

Weichenstellung für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

UBA-Konferenz 12.04.2018

Urbaner Umweltschutz

Weichenstellung für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

Programm, 12. April 2018



09.00 Anmeldung und Begrüßungskaffee

Gesamtmoderation

Thomas Preuß (*Deutsches Institut für Urbanistik*)

10.00 Begrüßung

7

Maria Krautzberger (*Präsidentin des Umweltbundesamtes*)

Dr. Ulrich Hatzfeld (*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit*)

Die Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ des Umweltbundesamtes

10.20 Die Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ des Umweltbundesamtes als Baustein der Ressortforschung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

12

Rolf Bräuer (*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit*)

Martin Schmied (*Umweltbundesamt*)

10.45 Statements zur Forschungsagenda aus Wissenschaft und Praxis

14

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann (*KJB.Kom Prof. Dr. Klaus J. Beckmann – Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation & ehemaliger Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik*)

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker (*Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen*)

Bernd Tischler (*Oberbürgermeister der Stadt Bottrop*)

11.15 Kaffeepause



Forschungsthemen erörtern, Synergien erkennen, Potenziale für Kooperationen nutzen

- | | | |
|--------------|--|----|
| 11.30 | Teilnehmer*innen und Expert*innen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren in sechs parallelen Themenforen | 15 |
|--------------|--|----|

Hinweis:

Die Dokumentation der sechs parallelen Themenforen finden Sie zum Download gesondert auf der UBA Webseite zum Urbanen Umweltschutz www.uba.de/urbaner-umweltschutz.

13.00 Mittagspause und Gelegenheit zum Netzwerken

- | | | |
|--------------|---|----|
| 14.00 | Forschungsagenda in der Diskussion: Schlaglichter aus den sechs parallelen Themenforen | 16 |
|--------------|---|----|

- | | | |
|--------------|--|----|
| 14.30 | Impulsdialoge Moderation: Dr. Hannah Büttner (<i>Integrative Dialoge</i>) | 19 |
|--------------|--|----|

1 Welche Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Umwelt- und Stadtentwicklungs-forschung bringen die Realisierung der Forschungsagenda voran?

Dr. Robert Kaltenbrunner (*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung*)

Dr. Alfred Herberg (*Bundesamt für Naturschutz*), Martin Schmied (*Umweltbundesamt*)

2 Welche weiteren ressortübergreifenden Aktivitäten sind notwendig, um die Forschungsagenda erfolgreich zu implementieren?

Rolf Bräuer (*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit*)

Florian Frank (*Bundesministerium für Bildung und Forschung*)

3 Welche Themen der Forschungsagenda sind für die Kommunen von hoher Priorität?

Deliana Bungard (*Deutscher Städte- und Gemeindebund*)

Dr. Peter Pluschke (*Stadt Nürnberg und Umweltausschuss des Deutschen Städtetags*)

15.40 Kaffeepause

Programm, 12. April 2018



Keynote

- 16.00 Mit sauberer Mobilität zu neuer Lebensqualität – Verkehrswende als Impuls für eine umweltorientierte Stadtentwicklung** 24
Winfried Hermann MdL (*Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg*)
- 17.00 Schlussworte und Ausblick** 26
Martin Schmied (*Umweltbundesamt*)
Rolf Bräuer (*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit*)

Anschließendes Get-together im Tagungswerk

- 18.30 Ende**

10.00 Begrüßung

Maria Krautzberger | *Präsidentin des Umweltbundesamtes*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Stadtforschung hat eine lange Geschichte. In Europa allemal. Schon in der Renaissance begann die systematische Beschäftigung mit der „Stadt“ – als Ort des Zusammenlebens vieler, der sowohl Chancen des sozialen Miteinanders eröffnet als auch Probleme kondensiert. Städtebauer, Geographen und auch die soziologischen Stadtforscher haben sich in unterschiedlichsten Facetten mit der „Stadt“ befasst.

Gerade auch in Deutschland hat die Stadtforschung traditionell ein hohes Niveau, getrieben durch Universitäten, aber auch durch andere wichtige Institutionen. Natürlich ist hier unter anderem das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zu nennen, aber auch die grundlegende Arbeit des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Stadtentwicklung wird dort seit vielen Jahren staatlich gefördert und systematisch auf vielen Ebenen erforscht. Das betrifft Themen wie Demografie, Stadtgeographie, soziale Stadtentwicklung und vieles mehr.

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat in den letzten Jahren wichtige Akzente gesetzt, aktuell mit seinem Forschungsprogramm „Stadt-Land-Plus“ im Kontext der Initiative „Zukunftsstadt“.

Es gibt also schon heute ein dichtes Netz an Stadtforschung – auch mit ökologischen Aspekten. Warum – so mag sich mancher fragen – veröffentlicht ausgerechnet jetzt das Umweltbundesamt (UBA) auch noch eine Forschungsagenda zum „Urbanen Umweltschutz“? Ist das überhaupt notwendig?

Ich hoffe natürlich, Sie werden am Ende des Tages mit uns gemeinsam diese Frage mit einem klaren „JA“ beantworten!

„Urbaner Umweltschutz“ ist nach unserem Verständnis wesentlich mehr als die Betrachtung nur ökologischer Fragen. Wir beschäftigen uns mit dem Wechselspiel von ökologischen, sozialen und ökonomischen Bezügen. Wir wollen Klimaschutz und -anpassung, Luftreinhaltung, Lärminderung, Ressourcenschutz, Reduzierung des

Flächenverbrauchs und andere Themen aus unserem „Metier“ zusammenführen und damit Stadtentwicklung und Umweltschutz noch stärker als bisher vernetzen.



Immer noch stehen beide Bereiche in Politik, Verwaltung und Forschung oft nur nebeneinander und schöpfen die möglichen Synergien nicht aus.

Ich möchte dies an einigen Beispielen verdeutlichen. Die Luftreinhaltung – Stichwort Stickstoffdioxid, Diesel und Co. – klammere ich heute einmal bewusst aus, es wird ja fast nur noch darüber gesprochen. Ich beginne daher mit einem ungelösten „Problemklassiker“: dem Flächenverbrauch. In Städten wird immer dringend Fläche benötigt – für Wohnungsbau oder auch für grüne Räume zum Aufenthalt im Freien, um nur diese beiden Nutzungen zu erwähnen. Innerstädtische Flächen sind traditionell knapp und sie werden immer wertvoller. Es ist daher naheliegend, auch hier radikal neu zu denken. So leisten wir uns unendlich große Flächenanteile, um dem Autoverkehr in den Städten Raum zu geben. Flächen, die wir dringend für andere Nutzungen benötigen: urbanes Grün, öffentliche Freiflächen, Wohnungsbau usw..

Wie lösen wir dieses Problem? Natürlich liegt der Schluss nahe, die Mobilität in den Städten konsequent vom Auto weg zu entwickeln. Wie viel Automobilität brauchen wir in der Stadt für morgen? Weniger Autos in der Stadt hätten ja vielerlei Vorteile: geringere Lärmbelastung, weniger Emissionen und Treibhausgase und vor allem eben auch einen geringeren Flächenverbrauch.

Wir sollten daher Wege finden, durch doppelte Innenentwicklung in Verbindung mit der viel beschriebenen Verkehrswende, Raum in der Stadt zu schaffen. Wir sollten verhindern, dass Städte und Ballungsräume weiter in das Umland hineinwachsen und damit das Verkehrsaufkommen weiter gesteigert wird. Es gibt sogar – das wird schnell vergessen – ein nationales Ziel, die Neuinanspruchnahme von Flächen bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Das wird schwer genug.

Das Bundesverfassungsgericht hat am Dienstag die derzeit gültige Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt und damit einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geliefert. Mit diesem Urteil ergibt sich eine Chance: Die bis 2019 notwendige Neukonzeption der Grundsteuer könnte genutzt werden, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer Grundsteuer C, die ja auch in der Koalitionsvereinbarung genannt wird. Sie würde das „Horten“ unbebauter Grundstücke verteuern. Aus Sicht des UBA wäre das natürlich eine gute Lösung.

Aber auch eine Grundsteuer, die sich allein oder stärker am Bodenwert orientiert und damit vorhandene Gebäude nicht berücksichtigt, könnte wertvolle Impulse zur Mobilisierung von Bauland in Städten bringen.

Im vergangenen Jahr hat das UBA eine Vision für die „Stadt für Morgen“ veröffentlicht. Wir haben aufgezeigt, dass Synergien zwischen verschiedenen Umweltbelangen (Fläche, Luft und Lärm) und der Stadtentwicklung bei einem Motorisierungsgrad von unter 150 Pkw pro 1.000 Einwohner voll zum Tragen kommen. Mit einer durchschnittlichen Motorisierung von derzeit rund 450 Pkw pro 1.000 Einwohner in Großstädten liegen wir heute noch weit davon entfernt [Stand: 01.01.2017; zum Vergleich Berlin: 334 Pkw/1.000 Einwohner]. Hier gäbe es also noch viel zu tun – wir wollen mögliche Wege mit der Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ ausloten.

Gleichzeitig wollen wir das Konzept der „Kompakten Stadt“ kritisch hinterfragen. Trägt dieser Ansatz aus Umweltschutzsicht für bereits stark verdichtete Regionen

wie München, Leipzig oder Hamburg? Können unsere Trinkwasser- und Abwasser-, Verkehrs- und Energieversorgungsinfrastrukturen eine weitere Verdichtung überhaupt noch verkraften? Oder müssen wir aufgrund von Engpässen bei Infrastrukturen andere Wege gehen? Ein Thema, dem wir uns natürlich auch weiterhin zuwenden, ist der Klimawandel. Wir müssen unsere Infrastrukturen und Gebäude an die sich verändernden Umweltbedingungen anpassen. Deutsche Städte mit ihren Gebäuden und Infrastrukturen sind zu 95 Prozent baulich vorhanden. Gestaltungsspielräume eröffnen sich deshalb meist nur dann, wenn Sanierungen anstehen. Wenn man dann saniert, sollte man nicht nur die Anpassung an den Klimawandel im Blick haben – also Dachbegrünung usw. – sondern auch die Frage, was für den Klimaschutz und die Ressourceneffizienz von Gebäuden erreicht werden kann.

Das führt mich zu einem anderen Thema: Die effiziente und nachhaltige Ressourcennutzung wird aus unserer Sicht in der Stadtentwicklung zu wenig beachtet. Pro Jahr verbraucht jeder Mensch in Deutschland statistisch mehr als 16 Tonnen Metall, Beton, Holz und andere Rohstoffe, das sind 44 Kilogramm am Tag. Der Baubereich verursacht riesige Materialströme. So machen die städtischen Bauaktivitäten 40 bis 50 Prozent des gesamten deutschen Stoffstroms aus. Pro Jahr entstehen rund 209 Millionen Tonnen mineralische Bauabfälle. Der Ressourcenverbrauch der Städte ist auch global von großer Bedeutung. Ich zitiere immer gern den eindrucksvollen Vergleich, dass allein in China in drei Jahren, von 2008 bis 2010, mehr Zement verbaut wurde als in den USA im gesamten 20. Jahrhundert. Die immense Rohstoffnachfrage in urbanen Räumen stellt ein ganz zentrales globales Umweltproblem dar. Ein Problem, das wir noch nicht ansatzweise bewältigt haben.

Städte sind zugleich riesige anthropogene Lager für Rohstoffe, die wir in Zukunft deutlich besser nutzen sollten. Es wäre naheliegend unter anderem die Kostenstrukturen so zu verändern, dass sich Baustoffrecycling endlich rechnet. Eine neue Steuer für Baumineralien, insbesondere für Bausand, Baukies und Gips, wäre daher durchaus sehr sinnvoll. Diese würde dann zum Tragen kommen, wenn Baumineralien neu in der Landschaft gewonnen und in Verkehr gebracht werden. Diese „Primärbaustoffsteuer“ würde endlich auch dem Wert der Landschaft und unbelasteter Böden Rechnung tragen.

Das eingenommene Geld könnte wiederum eingesetzt werden, um Forschung und Entwicklung für ressourceneffizientes Bauen zu fördern, um bessere Recycling-techniken zu entwickeln oder auch um die praktische Anwendung bekannt zu machen, damit Sekundärrohstoffe bei Bauherren, Architekten und Planern mehr Akzeptanz finden. Das BMU steht darüber noch in der Diskussion mit uns – aber wir haben eben geteilte Rollen. Längst nicht alles, was das UBA vorschlägt wird sofort umgesetzt. Aber wir bleiben beharrlich dran – auch hier!

Unsere Forschungsagenda befasst sich im Kontext der Ressourcennutzung auch mit der Bauleitplanung. Je nach Detailgrad und Gestaltung der Bauleitplanung lässt sich der Verbrauch von Baurohstoffen ganz erheblich reduzieren. Bisher fehlen aber detaillierte Angaben zu den Mengengerüsten der in Städten nachgefragten natürlichen Ressourcen. Wie groß diese Stoffströme sind und wie diese durch integrierte Planungen reduziert werden können, untersuchen wir aktuell in einem Forschungsvorhaben.

Flächenverbrauch, Klimawandel und Urban Mining sind nur einige Beispiele dafür, dass wir im „Urbanen Umweltschutz“ noch großen Handlungsbedarf sehen. Beispiele, die aber auch sehr gut zeigen, dass wir eine fachübergreifende und interdisziplinär ausgerichtete Herangehensweise brauchen, um tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Ich möchte daher an dieser Stelle noch kurz auf den integrativen – oder transdisziplinären – Ansatz der Forschungsagenda eingehen. Das UBA hat auch in der Vergangenheit an städtischen Umweltschutzthemen gearbeitet und geforscht. Allerdings meist thematisch isoliert, selten interdisziplinär. Mit unserer Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ wollen wir das ändern. Wir haben deshalb vorrangig Themen identifiziert, bei denen wir einen Mehrwert erwarten, weil verschiedene Fachdisziplinen beteiligt sind.

Wir sehen zum Beispiel in einer optimierten Integration von Umweltfach- und Stadtplanungen Lösungsmöglichkeiten für zentrale Umweltprobleme in Städten. Konkret untersuchen wir auch, wie eine bessere Abstimmung der Luftreinhalte-, Verkehrs- und Stadtplanung erfolgen muss, damit die heutigen, aber auch mögliche zukünftige Luftqualitätsprobleme schon im Vorhinein vermieden werden können.

Überdies untersuchen wir die Potenziale der Bauleitplanung für den Ressourcenschutz.

Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss aus unserer Sicht auch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Werte, die den heutigen Lebensstilen und Konsummustern zugrunde liegen, stärker einbeziehen. Städte sind Zentren von Innovationskraft und Kreativität, in denen nachhaltige Lebensstile, neue Geschäftsmodelle und neue Technologien ausprobiert werden. Stadtentwicklung muss sich deshalb auch als Förderer von nachhaltigen Lebensstilen und Innovationen verstehen. Die mit der Forschungsagenda angestrebte integrative Forschung wird in vielen Fragestellungen deutlich:

- ▶ Welche ökologischen Potenziale und Risiken hat beispielsweise die Digitalisierung im urbanen Raum?
- ▶ Wie kann der ökologische Umbau unserer Städte finanziert werden?
- ▶ Welche Umweltentlastungen können erreicht werden, wenn Stadt und Umland stärker zusammenarbeiten?

Uns ist dabei schon bewusst, dass wir viele Themen gar nicht allein bearbeiten können. Das ist auch gar nicht unser Anspruch. Wir wollen mit unserer Forschung und den daraus resultierenden Vorschlägen nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen und Behörden treten. Ganz im Gegenteil: Wir möchten gezielt zusammenarbeiten – auch über Ressortgrenzen hinweg.

Dies war auch der Grund, warum wir bereits bei der Erarbeitung der Forschungsagenda viele Expertinnen und Experten eingebunden haben. Wir brauchen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung die Kooperation mit Vielen. Deshalb auch diese Konferenz, deshalb sind Sie alle heute hier – darüber freue ich mich sehr. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam Kooperationsmöglichkeiten entlang der Themen unserer Forschungsagenda diskutieren – vor allem im Rahmen der sechs Themenforen, die heute Vormittag starten, aber auch in den Impulsdialogen am Nachmittag. Und vielleicht entstehen ja dort schon erste konkrete Ansätze für neue Kooperationen.

Den Mitarbeitenden im UBA liegt eines sehr am Herzen: Wir wollen nicht für den Schreibtisch forschen – im Gegenteil! Die Ergebnisse unserer Forschung sollen in möglichst konkrete Maßnahmen münden.

Als Bundesbehörde ist unsere Forschung natürlich darauf ausgerichtet, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, durch Praxishilfen und Leitfäden die Arbeit in den Städten zu erleichtern oder kommunale Fördermaßnahmen wissenschaftlich zu begleiten. Unser Ziel ist letztlich immer, zu mehr Umweltschutz in urbanen Räumen beitragen zu können.

Wir brauchen viele, sehr konkrete Lösungsansätze, um das übergeordnete Ziel zu erreichen, Städte zukunfts-

fähig zu machen. Oder, wie es der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) bei der Präsentation seines Sondergutachtens zur „Transformativen Kraft der Städte“ 2016 auf einen Nenner gebracht hat: „In den Städten wird sich entscheiden, ob die Große Transformation zur Nachhaltigkeit gelingt.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Konferenz.



Dr. Ulrich Hatzfeld | *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit*

Dr. Ulrich Hatzfeld, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Ministeriums.

Es gibt eine weitgehende fachliche Übereinstimmung mit der Analyse des Umweltbundesamtes. Ein Beispiel hierfür ist die Herausforderung, die Flächeninanspruchnahme wirksam zu begrenzen. Das Augenmerk soll daher im Folgenden auf die politische Einordnung des Themas „Urbaner Umweltschutz“ gelegt werden. Es besteht die Anforderung ökologische und räumlich-planende Sichtweisen in der Stadtentwicklung eng zu verknüpfen. Die vorgelegte Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ trägt dem in besonderer Weise Rechnung. Diese Integration ist dringender denn je geboten, auch wenn bereits viele gute Ansätze zu verzeichnen sind. Den Rahmen setzt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin festgeschriebenen Sustainable Development Goals. Es ist unbestritten, dass globale Veränderungen vor Ort in den Städten verursacht und zugleich deren Wirkungen dort am deutlichsten zu Tage treten. Damit stehen auch die deutschen Städte vor großen Herausforderungen.

Auch wenn Zuständigkeiten für die Themen Stadtentwicklung und Umwelt auf bundesministerieller Ebene inzwischen wieder auf zwei Ressorts verteilt sind, so bleiben sie doch eng verzahnt. Es geht darum, eine offene und konstruktive Auseinandersetzung um eine umweltgerechte sowie interdisziplinär ausgerichtete Stadtentwicklung zu führen. Die Erfahrung zeigt, dass durch die „Reibung“ zwischen Disziplinen Innovation entstehen kann. Der Umweltbereich muss pointiert seine Positionen in die Debatte einbringen. Zum Beispiel ist aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die Frage der Umweltwirkungen leitend für die Ausgestaltung der Baunutzungsverordnung.

Die Forschungsagenda zum „urbanen Umweltschutz“ adressiert primär die kommunale Ebene als Handlungsebene. Die Forschungsagenda bietet damit die Chance, die darin enthaltenen Themen wie etwa den Umbau der städtischen Infrastruktur und die Neuausrichtung der Mobilität, aber auch die Möglichkeiten der Partizipation vor Ort aktiv zu gestalten. So können viele bislang aus Umweltsicht kritisierte Schwachstellen beseitigt werden. Insbesondere die Herausforderungen der Mobilität zwingen zu aktivem und gestaltendem Handeln, wo bislang nur reagiert wurde.

Dem Umweltbundesamt gilt Dank für die vielversprechende Initiative zum „urbanen Umweltschutz“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz sind aufgefordert, sich aktiv mit Vorschlägen und kritischen Hinweisen einzubringen.



10.20 Die Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ des Umweltbundesamtes

Rolf Bräuer | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Die Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ des Umweltbundesamtes als Baustein der Ressortforschung des BMU

Rolf Bräuer, Referatsleiter Flächenverbrauch, Verkehrswegeplanung, Siedlungsentwicklung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, eröffnet sein Referat mit den internationalen Verpflichtungen der Klima- und Umweltpolitik.

Sie stellen Deutschland und insbesondere die Kommunen vor große Herausforderungen. Ein Scheitern wird neben den ökologischen Rückschlägen insbesondere auch gravierende Folgen im sozialen und ökonomischen Bereich nach sich ziehen. Bislang hat es die Umweltpolitik nicht vermocht, sich gegenüber den Interessen der Industrie durchzusetzen. Ein aktuelles markantes Beispiel hierfür ist der Dieselskandal, der zeigt, dass eine Verdrängung der Umweltprobleme aus wirtschaftlicher Sicht bedenklich ist. Daher ist es auch Aufgabe der Umweltpolitik, Verantwortung für die Ökonomie und deren nachhaltige Umgestaltung zu übernehmen. Die hierbei zutage tretenden Zielkonflikte müssen offen benannt und gelöst werden. Weitere, von Herrn Bräuer angeführte Beispiele sind die Lärmbelastung insbesondere in den Städten sowie die noch immer enorme Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Der Verlust der knappen Ressource Fläche bedeutet einen Verlust an zukünftigen Handlungsoptionen für wichtige Belange wie zum Beispiel Klimaanpassung, Erholung oder Nahrungsmittelproduktion. Daher ist das Ziel, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu verringern, eine besondere Verpflichtung. Auch hier setzt die Forschungsagenda wichtige fachliche Akzente.

Herr Bräuer skizziert im Folgenden weitere Themen des „urbanen Umweltschutzes“, die beispielhaft für die hohe Bedeutung sowie soziale und ökonomische

Ausstrahlung von Umweltpolitik stehen. Multiresistente Keime und Spurenstoffe in deutschen Gewässern sind eine Gesundheitsgefahr insbesondere für Kranke, Alte und Neugeborene. Hier gilt es, die Ursachen zu bekämpfen und an den Quellen anzusetzen. Ein weiteres Handlungsfeld ist die gegenwärtige Praxis der Abfallsorgung. Hier muss eine Kreislaufwirtschaft etabliert werden, die sich, wie im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vorgesehen, viel stärker am Gebot der Vermeidung auszurichten hat. Bisher geschehe allerdings noch viel zu wenig in Richtung Ressourceneffizienz.

Als weiteres Beispiel benennt Herr Bräuer das Insektensterben, das die Landwirtschaft als Verursacher und Betroffene zugleich betrifft.

Um den „Umwelthebel“ auch in Richtung sozialer und ökonomischer Belange ansetzen zu können, ist die verbreitete Ansicht zu überwinden, wonach Umweltpolitik per se teuer ist. Hierfür bedarf es einer fundierten wissenschaftlichen Basis durch Datengewinnung und -verarbeitung, einer Automatisierung sowie intelligenten Steuerung in selbstlernenden Systemen.

Zudem soll mit Bezug zu einem wichtigen Querschnittsthema der Forschungsagenda, an Stelle des Begriffs der Stadt eher der Begriff des verdichteten Siedlungsbereichs treten. Damit wird die Trennung von Stadt und Land überwunden, die in dieser Schärfe heutzutage nicht mehr besteht.





Martin Schmied, Abteilungsleiter Verkehr, Lärm und räumliche Entwicklung im Umweltbundesamt, betont zu Anfang seines Referates die vielen ökologischen Herausforderungen urbaner Räume, die bis heute noch nicht gelöst sind (z.B. im Bereich der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes).

Gleichzeitig sind urbane Räume aber Ausgangspunkt vieler ökologischer Innovationen. Umweltauswirkungen zu reduzieren, gleichzeitig ökologische Innovationen zu fördern steht daher im Mittelpunkt der Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ des Umweltbundesamtes. Zwar wurden nach Herrn Schmied bereits in der Vergangenheit Themen des „Urbanen Umweltschutzes“ vom Umweltbundesamt durch Forschungen adressiert sowie Ziele und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet. Allerdings stehen die erarbeiteten Forschungen und Lösungsansätze bisher eher nebeneinander (z. B. nutzungsgemischte und kompakte Stadt, lebenswerte Stadt, treibhausgasneutrale und klimaangepasste Stadt). Hier setzt die Forschungsagenda an: sie will einen Beitrag für eine umweltschonende Stadtentwicklung leisten, indem sie an Umweltzielen orientierte Lösungen erarbeitet und Forschungsthemen fachübergreifend und integriert betrachtet.

Die Forschungsagenda hat in einem UBA-internen sowie -externen Prozess drei Themencluster und drei Querschnittsthemen mit inter- und transdisziplinären Charakter identifiziert, zu denen das UBA in den nächsten fünf bis zehn Jahren verstärkt forschen wird. Die inhaltlichen Ausrichtungen der drei Themencluster sind Herrn Schmied nach dabei folgende:

- Das Themencluster „Umweltschonende, sozialverträgliche und gesundheitsfördernde Stadtentwicklung“ behandelt die unterschiedlichen Nutzungsansprüche im verdichteten, urbanem Raum. Es

adressiert umweltbezogene Synergien und Zielkonflikte mit sozialen und ökonomischen Belangen der Stadtentwicklung und formuliert Umweltziele für ein gesundes Leben in Siedlungsräumen.

- Das Themencluster „Umweltschonende urbane Ressourcennutzung und regionale Kreislaufwirtschaft“ behandelt die Herausforderungen und Chancen der Nutzung natürlicher Ressourcen im urbanen Raum und verfolgt eine Verbesserung des Verständnisses von urbanen Stoffströmen und deren Umweltwirkungen.
- Das Themencluster „Umweltschutz durch abgestimmte Stadt- und Infrastrukturentwicklung“ nimmt die resiliente, umweltschonende und sozialverträgliche Gestaltung von siedlungsbezogenen Infrastrukturen sowie sektorübergreifende Schnittstellen mit ihren Wechselwirkungen in den Blick und fragt nach systemischen Potentialen für eine umweltorientierte Transformation urbaner Infrastrukturen.

Die drei Querschnittsthemen „Smart Cities und Digitalisierung im urbanen Raum“, „Governance, Partizipation und Finanzierung“ und „Stadt-Land-Beziehungen“ richten den Blick auf themenübergreifende Forschungsfragen und adressieren grundsätzliche und strukturelle Sachverhalte, die für alle drei Themencluster von Relevanz sind.

Die UBA-Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ wird in erster Linie die inhaltliche Ausrichtung des Forschungsfeldes 10 des BMU Ressortforschungsplans („Urbaner Umweltschutz“ / Nachhaltiges Flächenmanagement) mitbestimmen. Allerdings wird die Forschungsagenda auch bei der Eigenforschung und Drittmittelforschung, bei gemeinsamen Ausschreibungen mit anderen Behörden und Ressorts, aber auch für die Beteiligung an Modellversuchen und Reallaboren sowie an nationalen und internationalen Forschungsverbünden eine wesentliche Grundlage für das UBA darstellen. Der zentrale Adressat der Forschungsagenda ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die UBA-Aktivitäten zum „Urbanen Umweltschutz“ ergänzen dabei gezielt die Aktivitäten anderer Ministerien (z.B. BMI, BMBF), anderer Behörden (z.B. BBSR, BfN) oder anderer Akteure (z. B. kommunale Spitzenverbände, Universitäten oder Forschungsinstitute). Letztendlich sollen die Ergebnisse der Forschungsagenda in Programme, Strategien, gesetzliche Regelungen, Kommunikations- und Informationsinstrumente auf Bundesebene einfließen.

10.45 Statements zur Forschungsagenda aus Wissenschaft und Praxis

Drei Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und kommunaler Praxis nahmen in vorbereiteten Statements zu den Forschungsfragen und Themen der Forschungsagenda zum „Urbanen Umweltschutz“ Stellung.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann | *KJB.Kom Prof. Dr. Klaus J. Beckmann – Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation & ehemaliger Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik*

Klaus J. Beckmann betont, dass Städte als Lebensräume der Menschen umsetzungsorientiert sowie transdisziplinär erforscht werden müssen. Verschiedene Institutionen forschen mit unterschiedlichen fachlichen Schwerpunkten im Bereich des urbanen Umweltschutzes.

In Bezug auf die Forschungsagenda des Umweltbundesamtes ist eine stärkere Gewichtung der Themen Mobilität und Transport in Verbindung mit Digitalisierung und Infrastruktur wünschenswert. Neben der postfossilen Mobilität sind insbesondere die sozialen Auswirkungen und unterschiedlichen Belastungseffekte von Bedeutung. Weiterhin soll das Augenmerk auf den Themen „Smart Cities“ sowie Partizipations- und Beteiligungsaspekten liegen. Schließlich geht es um die Integration der Belange und Erwartungen der Menschen in eine nachhaltige Stadtentwicklung. Entscheidungen zum Beispiel über Umweltmaßnahmen bedürfen der Einschätzung aller langfristigen Folgen. Derartige Pfadabhängigkeiten müssen auf der kommunalen Ebene nachvollzogen werden. Daher bedarf es der sehr effektiven Forschung mit einer breiten Basis an Akteurinnen und Akteuren in praxisnahen Ansätzen wie Stadtlaboren und Modellkommunen.

Mit Blick auf ein interdisziplinäres Handeln in der Stadtentwicklung sind, Zielkonflikte offenzulegen und angemessen abzuwägen. Es ist der Frage nachzugehen, wie Effizienzsteigerungen, Suffizienz sowie weitere Ansprüche einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen sind. Querauswertungen und die transdisziplinäre Zusammenarbeit mit Kommunen, der regionalen Wirtschaft und den Bürgern sind der Schlüssel zum Erfolg.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker | *Mitglied des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen und Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen*

Lamia Messari-Becker fokussiert auf das aus Umweltsicht bedeutende Thema Bauen und Stadtentwicklung. Es ist unabdingbar, Klimaschutzziele und -potentiale im baulichen Bestand viel stärker als bisher umzusetzen bzw. zu aktivieren. Um Klimaschutzzpotenziale im Bau zu heben, darf die Stadt nicht den Investoren überlassen werden. Der Bausektor ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht so bedeutend, dass es sich lohnt, für klimagerechtes und nachhaltiges Bauen in den Städten zu kämpfen. Schließlich haben einmal gebaute Gebäude eine lange Lebenszeit. Städte sind die Lebensrealität der Menschen, die sich wiederum mit ihrer gebauten Umwelt identifizieren. Kluges Bauen stiftet somit Heimatgefühle. Im engen Kontext hiermit steht die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und einer guten sozialen Mischung. Von essentieller Bedeutung ist die deutliche Abkehr von der autogerechten Stadt, um eine hohe Aufenthaltsqualität von öffentlichen Räumen zu erreichen. Hier bedarf es mehr als den bloßen Übergang zur E-Mobilität.



© Czauderna/Fotolia

Der Mehrwert der neuen Forschungsagenda bestehe, so Frau Prof. Messari-Becker, in der Verknüpfung der Themen. „Urbaner Umweltschutz“ ist ein komplexes Feld, das praxisnah, lokal und kontrovers behandelt werden muss. Kommunen müssen entsprechende Handlungsempfehlungen an die Hand bekommen. Zum Beispiel müssen die Nutzungszyklen von Gebäuden und Bauteilen angepasst und der Flächenverbrauch reduziert werden. Es bedarf auch neuer Finanzierungsstrukturen, Gemeindeordnungen und Steuerausgleichssysteme. Darüber hinaus ist es wichtig, Stadt-Land Beziehungen und die urbane Kreislaufwirtschaft sowie deren Stoffströme zu verstehen. Im europäischen Kontext muss die Leipzig Charta konsequent umgesetzt werden. Außerdem gilt es im globalen und internationalen Kontext zu handeln, um den Ressourcenverbrauch zu verringern.

Bernd Tischler | *Oberbürgermeister der Stadt Bottrop*

Bernd Tischler leitete sein Statement mit aktuellen Aspekten der Transformation seiner Stadt ein. So wird im Jahr 2018 der Steinkohlebergbau in Bottrop enden. Zugleich wird der energieeffiziente Stadtumbau mit dem Leitprojekt InnovationCity Ruhr weiter vollzogen. Dies ist nur durch Prozessinnovation, die aktive Beteiligung der Wirtschaft und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft möglich.

Es stellt sich die Frage, so Herr Tischler, ob und wie Ansätze, die in Bottrop sehr gut funktionieren, als „Blaupause“ auf andere Städte übertragen werden können. Aus seiner Sicht bedarf es geeigneter Anreizmechanismen für einen umweltverträglichen Umbau der Quartiere.

In Bottrop werden Maßnahmen der CO₂-Reduktion und des Einsatzes erneuerbarer Energien mit bis zu 25 Prozent der Gesamtkosten unterstützt. Die Erfahrung zeige, dass 1 EUR öffentliche Gelder etwa 6 EUR private Investitionen auslöst. Damit wurde in den vergangenen Jahren eine herausragende Sanierungsrate von 3 Prozent im Bestand erreicht.

Herr Tischler formulierte mit Bezug auf die Forschungsagenda verschiedene Forschungsbedarfe. Um die Bottroper Erfahrungen in vielen deutschen Städten nutzbar zu machen, muss die kommunale Ebene stärker in den Blick genommen werden. Es gilt die Quartiersebene noch mehr zu stärken, sowie Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft strategisch einzubeziehen. Ein Beispiel ist die intelligente Vernetzung und Bürgernähe. Datentechnische Anwendungen, wie Informationssysteme, sollen verbrauchergerecht orientiert werden. So könne jeder Bürger auf Knopfdruck erkennen, wie sein Gebäude umgebaut und energieeffizient ausgestattet werden kann. Auch das Thema Mobilität muss vor Ort gelöst werden und bedarf mehr Aufmerksamkeit.

Auch die internationale Vernetzung ist eine wichtige Lernmöglichkeit. Städte in Russland und China haben großes Interesse von den Erfahrungen Bottrops und dem Weg der Kohlestadt zur InnovationCity Ruhr zu lernen. Die Stadt Bottrop ist bereit mit ihrer Expertise, die Forschungsagenda zum urbanen Umweltschutz zu unterstützen.

11.30 Sechs parallele Themenforen (TF)

Hinweis:

Die Dokumentationen der sechs parallelen Themenforen finden Sie zum Download gesondert auf der UBA Webseite Urbaner Umweltschutz www.uba.de/urbaner-umweltschutz

14.00 Forschungsagenda in der Diskussion: Schlaglichter aus den sechs parallelen Themenforen (TF)

Hinweis:

Die Dokumentation der sechs parallelen Themenforen finden Sie zum Download gesondert auf der UBA Webseite „Urbaner Umweltschutz“

www.uba.de/urbaner-umweltschutz

Die Moderatorinnen und Moderatoren der sechs Themenforen berichteten im Plenum in Schlaglichtern über prioritär diskutierte Themen, Vorschläge für Kooperationen und Ideen für die Umsetzung von Themen der Forschungsagenda.

TF 1 Stadt und Infrastruktur ressourcenschonend, umweltverträglich und intelligent vernetzt entwickeln

Matthias Koller, Fachgebietsleiter Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung im Umweltbundesamt, berichtete aus dem Themenforum 1 „Stadt und Infrastruktur ressourcenschonend, umweltverträglich und intelligent vernetzt entwickeln“.

Thematische Schwerpunkte des Themenforums waren zum einen die Entwicklung von konkreten Zielen aus Visionen und die Ableitung von lokal spezifischen Maßnahmen. Weiterhin wurden der Wandel der Akteurslandschaft und die Überalterung des Personals in kommunalen Betrieben angesprochen. Eng in diesem Zusammenhang standen die Rolle des Ehrenamts und des Kümmerers für kommunale Themen. Außerdem wurden Aspekte des Datenmanagements und der Datengewinnung sowie neue Kommunikations- und Infrastrukturen erörtert.

In Bezug auf Kooperationen wurde darauf hingewiesen, dass diese breit aufgestellt sein sollten, um gute Beispiele in den Mainstream bringen zu können. Wichtige Akteure seien Berufsverbände, Planungsbüros und Architektenkammern.



Als besonders umsetzungsrelevant wurde die Betrachtung von Aspekten der Suffizienz eingeschätzt. In diesem Zusammenhang ist der Frage nachzugehen, welche Infrastrukturen in den Städten wirklich benötigt werden.

TF 2 Mehr Platz für die umweltverträgliche Stadtentwicklung – Stadtraum gewinnen durch nachhaltige Mobilität

Ergebnisse aus dem Themenforum 2 „Mehr Platz für die umweltverträgliche Stadtentwicklung – Stadtraum gewinnen durch nachhaltige Mobilität“ stellte Dr. Katrin Dziekan, Fachgebietsleiterin Umwelt und Verkehr im Umweltbundesamt, vor.

Im Mittelpunkt des Themenforums standen die Themen Bürgerbeteiligung sowie der Information von bzw. Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. In diesem Zusammenhang wurde das Format der Reallabore als geeignet hervorgehoben.

Eingegangen wurde weiterhin auf internationale Aktivitäten und gute Erfahrungen im Bereich Mobilität, die hierzulande stärker berücksichtigt werden sollte. Schließlich wurde das Thema des Güterverkehrs angesprochen, das stärker fokussiert werden sollte.

Kooperationen sollten verschiedene Partner aus Forschung, Behörden, Kommunen und Wirtschaft zusammenführen. Wichtig sind darüber hinaus die Kooperation und der Austausch zwischen Praxispartnern. Als Beispiel wurde hier das ExWoSt-Forschungsfeld „Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur Wertsicherung innerstädtischer Immobilien (KIQ) genannt.

Als Idee für die Umsetzung wurde die Untersuchung ökonomischer Anreize genannt, die das Verhalten relevanter Akteurinnen und Akteure beeinflussen können. Hier geht es darum, Externalitäten im Verkehrsbereich besser einzupreisen sowie die Konflikt- und Hemmnisforschung zu stabilisieren.

TF 3 Umweltgerechtigkeit: umweltfreundliche, sozial gerechte, gesunde und grüne Stadt

Thomas Preuß, Projektleiter im Deutschen Institut für Urbanistik, berichtete aus dem Themenforum 3 „Umweltgerechtigkeit: umweltfreundliche, sozial gerechte, gesunde und grüne Stadt“.

Im Themenforum wurden die Kommune und das Quartier als wichtige Umsetzungs- und Handlungsebene identifiziert. Der Begriff Umweltgerechtigkeit wurde als normativer Ansatz diskutiert, zum einen mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse in mehrfach belasteten städtischen Teilräumen und zum anderen im Zusammenhang mit Gerechtigkeitsaspekten. Thematisiert wurde auch der starke Bezug des Themas zu Partizipation, Koproduktion im Quartier und Governance. Beleuchtet wurden Wege eines stärkeren Zusammenwirkens von Kommunalpolitik, Verwaltung und Akteuren im Quartier.

Ausbaufähig sind Kooperationen mit Blick auf die Koproduktion im Quartier. Hier müssen Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft stärker zusammenwirken. Akteure wie z.B. Stiftungen, könnten dazu beitragen, Möglichkeitsräume für Bürgerinnen und Bürger im Quartier zu schaffen.

In puncto Umsetzung bedarf es einer stärkeren Verschränkung von räumlicher und Umweltfachplanung sowie einer Verknüpfung einzelner Fachplanungen. Vulnerable Gruppen sind verstärkt in den Blick zu nehmen und Vulnerabilitäten besser zu berücksichtigen. Die Kluft zwischen Forschungsanspruch und praktischer Verwirklichung muss durch eine stärkere Einbindung von Kommunen inklusive der Bereitstellung entsprechender Ressourcen überwunden werden.

TF 4 Städte in der nachhaltigen Transformation: zukunftsfähige Governance und Finanzierung

Aus dem Themenforum 4 „Städte in der nachhaltigen Transformation: zukunftsfähige Governance und Finanzierung“ berichtete Lars Holstenkamp, Institut für Finanz- und Rechnungswesen der Leuphana Universität Lüneburg.

Schwerpunkt im Themenforum war die Verstetigung von Aktivitäten in den Kommunen. Hier wurde ein enger Bezug zu Förderprogrammen zum Beispiel für die Schaffung von Grünflächen und grünen Infrastrukturen hergestellt. Viele Kommunen haben Probleme im Anschluss an die Förderung die laufende Unterhaltung neuer Flächen bzw. Infrastrukturen zu finanzieren. Damit stellt sich die Frage, wer für die Instandhaltung aufkomme.

Es bedarf sowohl Leitplanken als auch offener Aushandlungsprozesse. So müssen Förderprogramme in Bezug auf Umweltschutzziele qualifiziert und rechtliche Rahmenbedingungen mit priorisierten Umweltschutzziele angepasst werden (z.B. auch BauGB). Mit Blick auf die Bürgerbeteiligung bedarf es besserer Partizipation. In diesem Zusammenhang sind Erkenntnisse aus der Beteiligungsforschung in die Praxis zu bringen. Zugleich sind Kompetenzen und Potentiale auf lokaler Ebene zu heben.

TF 5 Stadt und Umland: Verflechtungen und Kreisläufe nachhaltig ausgestalten

Dr. Stephan Bartke, Fachgebiet Nachhaltige Raumentwicklung, Umweltprüfungen im Umweltbundesamt, erläuterte die Ergebnisse aus dem Themenforum 5 „Stadt und Umland: Verflechtungen und Kreisläufe nachhaltig ausgestalten“.

Am Beispiel von Lebensmittelproduktion und Ernährung wurde die Stadt-Land-Thematik fokussiert. Diskutiert wurden die Grenzen zwischen urban und rural. Es wurde der Frage nachgegangen, wer im Wechselspiel von Stadt und Land eigentlich von wem abhängt. Ein weiterer Aspekt der Diskussion zielte darauf, wie die Forschung einen stärker integrativen Blick auf das Stadt-Land-Thema einnehmen könnte. Schließlich wurden die Perspektiven ländlicher Räume und kleinere Städte angesprochen.

Potenziale für Kooperationen wurden in Form zivilgesellschaftlicher Initiativen identifiziert, die sich am Themenforum beteiligten und an einer Zusammenarbeit interessiert seien. Außerdem bietet die BMBF Förderlinie „Stadt-Land-Plus“ zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Themenbereich „Ressource Land“ Anknüpfungspunkte.

Als konkrete Umsetzung von Stadt-Land-Aktivitäten in der Praxis wurde die Bildung zahlreicher Ernährungsräte in verschiedenen deutschen Städten genannt.

TF 6 „Urbaner Umweltschutz“ in europäischer und internationaler Perspektive

Aus dem Themenforum 6 „Urbaner Umweltschutz in europäischer und internationaler Perspektive“ berichtete Dr.-Ing. Frederic Rudolph, Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Im Themenforum wurde eine Bandbreite von Themen wie Verkehr und Mobilität, Gerechtigkeit, Interessenskonflikte und Ressourcenschutz erörtert. Im Kern ging es dabei um die Überwindung sektoraler bzw. disziplinärer Herangehensweisen, um integrative Ansätze entwickeln zu können.

Kooperation und Beratung sind zentrale Erfordernisse. Hierbei kann das Umweltbundesamt zum Beispiel zu Abfallfragen beratend tätig werden. Stärker eingebunden werden sollten darüber hinaus bestehende Netzwerke wie zum Beispiel ICLEI- Local Governments for Sustainability, das EUROCITIES- Städtenetzwerk und das Polis European cities and regions cooperating on sustainable mobility Network.

Für eine Umsetzung des urbanen Umweltschutzes in europäischen und internationalen Kontexten sind transformative Maßnahmen erforderlich. Hierbei soll der Frage nachgegangen werden, welche Maßnahmen oder Aktivitäten als Blaupausen geeignet sein können, um davon zu lernen bzw. diese zu auch anderenorts zur Anwendung zu bringen.



14.30 Impulsdialoge: Forschungsthemen erörtern, Synergien erkennen, Potenziale für Kooperationen nutzen

In den Impulsdialogen erörterten Vertreterinnen und Vertreter aus Bundesministerien, nachgeordneten Behörden sowie eines kommunalen Spitzenverbands und einer Großstadt zentrale Aspekte der Forschung zum urbanen Umweltschutz. Hierbei ging es unter anderem um Fragen der Kooperation bei der Umsetzung der Forschungsagenda, Aspekte der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und um die Anforderungen aus der kommunalen Praxis an die auf Umweltschutz und Stadt fokussierte Forschung. Die Impulsdialoge wurden von Dr. Hannah Büttner moderiert.

Der erste Teil der Impulsdialoge wurde in drei aufeinanderfolgenden Blöcken geführt.

Block 1: Welche Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Umwelt- und Stadtentwicklungsforschung bringen die Realisierung der Forschungsagenda voran?

- ▶ Dr. Robert Kaltenbrunner (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung),
- ▶ Dr. Alfred Herberg (Bundesamt für Naturschutz) &
- ▶ Martin Schmied (Umweltbundesamt)

Aus Sicht von Herrn Dr. Kaltenbrunner, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, bestehen verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung der Agenda. Generell ist die Forschungsagenda des Umweltbundesamtes komplementär zu den Themenfeldern des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung angelegt. So können zum Beispiel die Auswirkungen der Bereiche Wohnen und Wohnungsbau auf die Umwelt stärker fokussiert werden. Ebenso könnten die wirtschaftlichen Implikationen der Stadtentwicklung auf die Umwelt und die daraus resultierenden Zielkonflikte näher betrachtet werden. Auch das Leitbild der kompakten und grünen Stadt, das im Weißbuch Stadtgrün „Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft“ eine zentrale Rolle spielt, ist für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ganz wesentlich. Das bedeute jedoch nicht, dass Widersprüche und Zielkonflikte zwischen Bauen und Freiraum aufgelöst sind. Der Weißbuchprozess liefere

wichtige Ansatzpunkte für die Bearbeitung solcher Zielkonflikte. Entscheidend hierfür ist die Mitwirkungsbereitschaft der Akteurinnen und Akteure vor Ort, auch wenn es um Kompromisse und Abwägungsbelange geht. Aus der Sicht von Herrn Dr. Kaltenbrunner geht es nicht primär um normative Ziele, sondern um Aushandlungen und Abwägungen. Das betrifft auch die sozialen Aspekte des Wohnens. Wichtig ist es in jedem Fall, Zielhorizonte und Etappen zu beschreiben.

Herr Dr. Herberg unterstützt aus Sicht des Bundesamtes für Naturschutz das der Forschungsagenda zugrunde liegende Leitbild. Aus Sicht des Naturschutzes sind Themen wie zum Beispiel die Erholung im urbanen Raum sehr gut aufgegriffen. Schließlich ist der Naturschutz nicht nur für den unbesiedelten sondern auch den bebauten Bereich von herausragender Bedeutung. Erholungsgebiete sind Teil des Naturschutzes mit einer Vielfalt an Ausprägungen. Zentrale Perspektive für das Bundesamt für Naturschutz sind die Themen Grün in der Stadt und Stadtnatur. Zielkonflikte müssen hier herausgearbeitet werden, um dann zu Kompromisslösungen zu kommen. Insbesondere das dynamische Handeln und Reagieren sind durch die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen eingeschränkt. Konkurrierende rechtliche Rahmenbedingungen sind zu analysieren und müssen gegebenenfalls geändert oder abgeschafft werden. Kompakte Stadt und doppelte Innenentwicklung sind zentrale Elemente in der Stadtentwicklung, Frei- und Grünflächen sind Teil der Lebensqualität für die Menschen in der Stadt.

Herr Schmied verweist auf bestehende gute Kooperationen zwischen den nachgeordneten Behörden. Ein Beispiel hierfür ist die Erarbeitung des Weißbuchs Stadtgrün. Solche Prozesse bieten eine gute Basis, um in anderen fachlichen Kontexten weiterentwickelt zu werden. Es ist Ziel des Umweltbundesamtes, Umweltqualitätsziele, zum Beispiel in der Luftqualität, zu erreichen. Hierbei gibt es rote Linien und Bedarf an Diskussionen. Der Dialog und die Auseinandersetzung sind aber nötig um einen Abwägungsprozess zwischen sozialen und wirtschaftlichen Belangen zu schaffen.

Im Rahmen der Erarbeitung der Forschungsagenda und bei der Bearbeitung von Aspekten der kompakten Stadt hat das Umweltbundesamt viel vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gelernt. Das betrifft zum Beispiel die Frage, wie Grünstrukturen erhalten und geschaffen werden können und parallel der Wohnungsbau voranschreiten kann. Jedoch kann, so Herr Schmied, die Frage nach den benötigten Stellplätzen im dicht besiedelten urbanen Raum hier nicht ausgespart werden.

Herr Dr. Kaltenbrunner entgegnete darauf, dass alle an diesem Dialog Beteiligten an das Ressortprinzip gebunden und nun unter dem Dach verschiedener Ministerien angesiedelt sind. Man muss daher damit rechnen, dass sich die fachliche Orientierung der Arbeit etwas voneinander weg entwickeln könne. Unabhängig davon ist sichtbar, dass kein Erkenntnis- sondern eher ein Umsetzungsproblem besteht. Es gilt gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen und in Form von Angeboten und Formaten für die kommunale Praxis passfähig zu machen.

Herr Dr. Herberg ging an dieser Stelle auf Fragen der Multifunktionalität von Fläche in den Städten ein. Hier müssen Ziele vereinbart werden. Die Resilienz in den Städten und der Begriff der Schwammstadt sind treffende Beispiele dafür, dass verschiedene Bereiche miteinander in den Dialog treten müssen.

Herr Schmied betonte das Ziel des Umweltbundesamtes als Ressortforschungseinrichtung, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, Handlungsleitfäden zu erstellen und in rechtlichen Belangen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zuzuarbeiten. Die Umsetzung der Forschungsagenda in der Praxis liegt nicht allein beim Umweltbundesamt. Hier ist es erforderlich, über Ressortgrenzen hinweg stärker zu kooperieren und Ziele zu vereinbaren.

Block 2: Welche weiteren ressortübergreifenden Aktivitäten sind notwendig, um die Forschungsagenda erfolgreich zu implementieren?

- ▶ Rolf Bräuer (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) &
- ▶ Florian Frank (Bundesministerium für Bildung und Forschung)

Herr Frank führte eingangs aus, dass die Forschung für eine nachhaltige Stadtentwicklung das Ziel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist. Daher ist man in seinem Ministerium sehr erfreut, dass dieses Thema in der Forschungsagenda des Umweltbundesamtes einen hohen Stellenwert einnimmt. In urbanen Räumen treffen die verschiedenen aktuellen Probleme wie in einem Brennglas aufeinander. Daher braucht es Forschung, um damit umgehen zu können.



Herr Bräuer widmete sich den Entwicklungen, die für eine Verzahnung notwendig sind. Er verwies darauf, dass das Bundesumweltministerium und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über verschiedene Initiativen wie zum Beispiel die Nationale Plattform Zukunftsstadt oder den BMBF-Förderschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ zusammengeführt wurden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung verfolgt primär die großen Linien und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit fokussiert auf die Umsetzungsforschung. So kann seiner Ansicht nach die Arbeit beider Ressorts aufeinander aufbauen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit kann auf Basis der BMBF-Forschung mit Konzepten „ready-to-use“ weiter in die Umsetzungsforschung vordringen.

Mit Blick auf die Umsetzung der Forschungsagenda und geeignete ressortübergreifende Themen bzw. Vorhaben nannte Herr Frank auf Nachfrage den „Interministeriellen Arbeitskreis Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (kurz: „IMA Stadt“), der fortgeführt werden wird.

In vier Arbeitskreisen wurden Themen identifiziert, wobei künftig der Fokus stärker auf der Umsetzung liegen soll. Zentral für das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist der Wettbewerb Zukunftsstadt. Ende 2018 wird es acht Reallabore geben, damit die Bürgerinnen und Bürger erleben, was möglich ist. Es ist notwendig, dass die Themen der Stadtentwicklung zugleich auch im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat behandelt werden.

Herr Bräuer fügte hinzu, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die Erkenntnisse aus den Reallaboren in den Städten als Fallstudien nutzen will, um eine breite Umsetzung zu ermöglichen. So kann die Zusammenarbeit beider Häuser sinnvoll unterstützt werden.

Block 3: Welche Themen der Forschungsagenda sind für die Kommunen von hoher Priorität?

- ▶ Deliana Bungard (Deutscher Städte- und Gemeindebund) &
- ▶ Dr. Peter Pluschke (Stadt Nürnberg und Umweltausschuss des Deutschen Städtetags)

Frau Bungard betonte, alle in der Forschungsagenda dargestellten Themencluster und Querschnittsthemen sind von hoher Relevanz für die Kommunen. Wichtig ist aus ihrer Sicht insbesondere, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Forschungsaktivitäten einbezogen werden, da sie unmittelbar von Umweltbelangen in den Städten betroffen sind. Explizit nannte Frau Bungard auch die energetische Gebäudesanierung, wo die Kommunen insbesondere als Eigentümerinnen und Eigentümer von öffentlichen Gebäuden und Wohngebäuden in der Pflicht stehen. Hier begegnen den Kommunen zugleich große soziale und finanzielle Herausforderungen. Weiterhin nannte sie den Bereich des Verkehrs und die notwendige Mobilitätswende. Auch hier ist der enge Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern erforderlich. Es ist zu konstatieren, dass die Kommunen für alle grundlegend notwendigen Veränderungen in Richtung urbanem Umweltschutz und nachhaltiger Stadtentwicklung die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen benötigen. Die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums hat schon sehr viel Positives bewirkt. Hier haben auch finanzschwache Kommunen sehr gute Möglichkeiten, aktiv Klimaschutz zu betreiben.

Nach Einschätzung von Herrn Dr. Pluschke sind Materialwirtschaft und Stoffströme ein großes kommunales Thema. Eine weit verbreitete Wegwerfmentalität stellt die Städte vor enorme Probleme. So setzen sich die Städte unter anderem mit der Problematik der Coffee-to-go-Becher auseinander. Herr Dr. Pluschke nennt vier prioritäre Themenfelder mit großen Schnittmengen zur Forschungsagenda. So ist im Thema Mobilität nach Lösungen zu suchen, um Autofahrer für den öffentlichen Personennahverkehr zu gewinnen. Hier ist die Frage zu beantworten, welche Anreize einen Umstieg befördern könnten. Weiterhin braucht es Lösungen für den Wirtschaftsverkehr in den verdichteten Städten. Schließlich stehen zum bereits genannten Thema Stoffstrommanagement Lösungen aus. Hier sind alle relevanten Sektoren wie zum Beispiel auch der Tiefbau in puncto Kreislaufwirtschaft in den Blick zu nehmen. Gerade im Tiefbau besteht ein relativ guter rechtlicher Rahmen. Jedoch wird zum Beispiel im Tiefbau kaum der Einsatz von Sekundärrohstoffen vorgesehen. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen stärker zusammenarbeiten. Schließlich sind Stadt-Land-Kooperationen unerlässlich. Die Stadt Nürnberg befasst sich mit dem Thema Ernährung als wichtige Zukunftsfrage aus gesundheitlicher Sicht. Es ist in diesem Zusammenhang an die Etablierung von Ökomodellregionen zu denken. Nürnberg hat sich für den ökologischen Landbau entschieden. Bei diesem Thema könnten Stadt und Land zusammenwirken.

Im Anschluss an die drei Blöcke diskutierten alle sieben Expertinnen und Experten gemeinsam im moderierten Gespräch.

Gefragt nach Forschungsbedarfen der Kommunen erläuterten die Vertreterin und der Vertreter der Kommunen, dass Städte und Gemeinden je nach ihrer Größe durchaus unterschiedlich Bedarfe in Bezug auf Forschungsthemen und -ergebnisse sowie Forschungsdesigns haben. Für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum sind Aspekte der Daseinsvorsorge von besonderer Bedeutung. Es gibt eine Vielzahl von sehr guten Leitfäden, allerdings müssen diese für die vor Ort tätigen Personen verständlich sein. Generell ist es nutzbringend, wenn Forschungsprojekte in mehreren Phasen ablaufen und Raum für Flexibilität bieten. Auch das Scheitern von Forschungsdesigns, von Themen und Methoden muss als Option mitbedacht werden. Lösungsvorschläge aus Forschungsprojekten sollen vor Ort umsetzbar sein.

Die Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ermunterten die Kommunen, ihre Forschungsbedarfe aufzuzeigen und keine Vorbehalte gegenüber Forschungsk Kooperationen zu haben. Kommunen profitieren von der Beteiligung an Forschungsvorhaben. Aus ihrer Sicht ist die Wohnungsnot ein Thema, das bisher vorrangig aus Sicht der Metropolen diskutiert wird, aber auch ein Problem des ländlichen Raumes darstellt. Wahrscheinlich erfolgt der Zuzug in die Städte nicht immer freiwillig, sondern weil es auf dem Lande zum Beispiel auch an sozialen Infrastrukturen mangelte. Daher könnte sich eine Forschungsfrage auf die Motivationslage für den Zuzug in die Städte und die Möglichkeiten des Gegensteuerns richten.

Von Seiten der nachgeordneten Bundesbehörden wurde bestätigt, dass die Attraktivität der ländlichen Räume wichtig ist, es jedoch eine Reihe von Gründen für den Zuzug in die Städte gibt. Unabhängig von Forschungsthemen ist zu konstatieren, dass die Politik mit Blick auf kurze Zeiträume agiert. Die Ressortforschung dient der Politikberatung und muss entsprechende Forschungsbedarfe kurzfristig bedienen.

Hierauf reagierte Herr Frank mit der Feststellung, dass die fundierte Bearbeitung von Forschungsthemen lange Zeiträume beansprucht. So sind zum Beispiel die „Kopernikus-Projekte für die Energiewende“ aus gutem Grund auf zehn Jahre angelegt.

schutz die Möglichkeit auch längerfristige konkrete Umsetzungsprojekte zu finanzieren. Derartige Projekte sollen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgesetzt werden.

In der darauffolgenden Dialogrunde wurden aus dem Auditorium verschiedene Fragen an die Expertinnen und Experten gerichtet.

Auf die Frage nach dem Umgang mit fehlgeschlagenen Forschungsprojekten und den daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen antwortete Herr Schmied, dass derartige Fälle durchaus Bestandteil von Forschung im Rahmen der Forschungsagenda zum urbanen Umweltschutz sein können. Daher ist vorgesehen, größere Programme zu evaluieren. Ein derartiges Vorgehen ist im Rahmen der Begleitforschung in Verantwortung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung bereits üblich.

Gefragt nach den notwendigen Intermediären in den Städten, die den Transfer von der Forschung in die Praxis vor Ort leisten und soziale Innovationen befördern, kann das Umweltbundesamt, so Herr Schmied, Leitfäden zur Verfügung stellen. Seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist jedoch aus den Kommunen bekannt, dass dort häufig keine personellen Ressourcen für die Befassung mit Leitfäden vorhanden sind. So wurde laut Herrn Frank zum Beispiel der Begleitkreis Zukunftsstadt eingerichtet, in welchem sich Kommunen über fördernde und hemmende Rahmenbedingungen bzw. Probleme austauschen können. Möglicherweise ist es hilfreich, wenn sich Kommunen gegenseitig z.B. in Form von Coaching-Kreisen informieren. Aus der Stadt Nürnberg berichtete Herr Dr. Pluschke über positive Erfahrungen mit der Ausgestaltung eines derartigen Transfers. Hierbei wurde unter anderem auch das städtische Amt für Stadtforschung und Statistik mit Datenauswertungen eingebunden.

Ein weiteres Anliegen aus Sicht der Kommunen ist der passgenaue Transfer der Forschungsergebnisse in die Städte und Gemeinden. Diese Anforderung stellt sich als sehr komplex dar, da die Situation in den Kommunen sehr unterschiedlich ist. Häufig fehlt es an Personal, um die Erkenntnisse abzugreifen und zu nutzen. Hier ist Unterstützung notwendig. Ein gutes Beispiel ist die Förderung von Klimaschutzmanagern aus der Kommunalrichtlinie.



© JFL_Photography/Fotolia

Eine weitere Frage fokussierte darauf, inwiefern die Lehrpläne der Hochschulen angepasst werden, um im Sinne der Transformation zum Beispiel eine Wende in Disziplinen wie Architektur, Stadtplanung, Freiraum- und Grünflächenplanung oder Tiefbau zu erreichen. Hierauf reagierte Herr Frank mit dem Hinweis, dass die Lehrpläne der Hochschulen grundsätzlich Länderaufgabe sind. Herr Dr. Kaltenbrunner ergänzt, dass Hochschulen oft keine Beratungsinstanzen mehr sind. Diese Rolle soll aber künftig wieder gestärkt werden. Hierzu könnten auch vermehrt Kooperationen zwischen von Städten und Universitäten eingegangen werden.

Verschiedene Expertinnen und Experten bezogen sich auf eine Frage nach der Förderung der Umsetzungsprozesse für konkrete Maßnahmen. Herr Dr. Herberg nannte das Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Fördermittel werden hier für Projekte mit Kommu-

nen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren bereitgestellt. Aus dem Auditorium wurde auf von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Sondierungsaktivitäten verwiesen, die vor Ort bei der Vernetzung von Akteuren – unter anderem Handwerk sowie Bürgerinnen und Bürgern - zum Beispiel zu Aspekten der energetischen Sanierung unterstützen. Herr Bräuer fügte hinzu, dass Forschung und Förderung von Maßnahmen der Umsetzung vor Ort zu trennen sind, da die Forschung nicht primär umsetzungsorientiert ist und vor allem die Ziele der Ressortforschung verfolge. Von Seiten des Städte- und Gemeindebundes wurde angeboten als Multiplikator der Forschungsprogramme zu fungieren und diese an die Kommunen zu tragen.

16.00 Mit sauberer Mobilität zu neuer Lebensqualität – Verkehrswende als Impuls für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

Winfried Hermann | Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg



© E. Roettgers/GRAFFITI

Als Keynote-Speaker sprach Winfried Hermann MdL, Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg in seinem Vortrag „Mit sauberer Mobilität zu neuer Lebensqualität – Verkehrswende als Impuls für eine umweltorientierte Stadtentwicklung“ über die Herausforderungen und Perspektiven städtischer Mobilität an der Schnittstelle zu Luftreinhaltung und nachhaltiger Stadtentwicklung.

Die anschließende Diskussion mit den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern wurde von Dr. Hannah Büttner moderiert.

Herr Minister Herrmann begann seinen Vortrag mit einem Rückblick auf die Charta von Athen und das Leitbild der modernen, autogerechten und funktionsgetrennten Stadt. Dieses Leitbild hat die Stadtpolitik geprägt sowie mit gesetzlichen und steuerlichen Regelungen zu den heute vorherrschenden Lebensstilen und dem damit verbundenen Mobilitätsverhalten geführt. Die Perspektive der Autofahrer prägt noch überwiegend die verkehrspolitische Debatte.

Allerdings besteht aktuell die Herausforderung darin, die verkehrsbedingten Schadstoffemissionen zu senken. Die internationalen und Klimaschutzziele des Bundes sind auch von den Ländern umzusetzen. Mobilität und Verkehr spielen hier eine herausragende Rolle. Allerdings sind in Baden-Württemberg die CO₂-Emissionen und NO_x-Belastungen in den vergangenen Jahren nicht gesunken, sondern weiter gestiegen. Grund hierfür ist der Autoverkehr, insbesondere viele Dieselfahrzeuge mit zu hohen Abgaswerten. Zur Bewältigung der Luftschadstoffproblematik sind die blaue Plakette und die Nachrüstung der Dieselfahrzeuge erforderlich. Es ist nicht nachvollziehbar, warum nach dem Erfolgsprojekt „Grüne Plakette“ nun die „Blaue Plakette“ so vehement abgelehnt wird.

Mit Blick auf einen zukunftsfähigen Verkehr stellt sich die Frage, wie die Mobilität von morgen und die Stadt von morgen aussehen sollen. Wichtig ist, solche Zukunftsvisionen nicht der Automobilindustrie zu überlassen. Diese kann zwar saubere Technik entwickeln, würde jedoch weiter primär auf das Auto orientieren. Damit bleiben wichtige drängende Fragen wie die des Flächenverbrauchs ungelöst – es bliebe wie in der heutigen Stadt bei einer unfairen Verteilung der verfügbaren öffentlichen Flächen.

Für das Land Baden-Württemberg wurden, so Herr Minister Hermann, drei Zukunftsszenarien zur Mobilität für 2030 und 2050 entwickelt, die Entwicklungslinien in die Richtungen „Neue Individualmobilität“, „Neue Dienstleistungen“ und „Neue Mobilitätskultur“ aufzeigen. Dass die Gestaltung der Zukunft mit einer neuen Mobilitätskultur möglich ist, zeigt zum Beispiel die Stadt Karlsruhe, die mit einer kontinuierlichen Förderung des Radverkehrs den Anteil des Fahrrads am Modal-Split in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat. Grundsätzlich veränderten die Megatrends Digitalisierung und Dekarbonisierung die Mobilität mit klimaneutralem Antrieb, vernetzter Mobilität und (teil)autonomem Fahren.

Eine neue nachhaltige Mobilität wird nur durch eine Verkehrswende möglich, die die Summe aus Mobilitätswende und Energiewende bzw. Antriebswende im Verkehr ist. Mit der Mobilitätswende und dem damit verbundenen multimodalen Verkehrsverhalten ist eine Reduzierung des Energieverbrauchs um bis zu 25 Prozent möglich. Mit der Energiewende im Verkehr erfolgt die Umrüstung motorisierter Fahrzeuge auf klimaneutrale Antriebe.

Der Mensch als Maßstab der Stadtentwicklung wird mit den in Baden-Württemberg durchgeführten Fußgängerchecks in den Vordergrund gestellt. Diese unterstützten das Leitbild der Mobilität für Menschen in einer Stadt der kurzen Wege. Als ein gelungenes Beispiel hierfür nennt Herr Minister Herrmann das Lorettoviertel in Tübingen. Wichtige Maßnahmen für die nachhaltige Mobilität der Zukunft sind sichere, barrierefreie Fußwege und die Förderung des Radverkehrs unter anderem auch mit Radschnellradwegen, Fahrradparkhäusern sowie einer neuen Radkultur. Der öffentliche Personennahverkehr ist als wichtiges Rückgrat der Mobilität weiter intensiv zu fördern. Mit Projekten wie NAMOREG (Nachhaltige mobile Region Stuttgart) werden innovative Mobilitätsideen, zum Beispiel intermodale Mobilitätsknoten, entwickelt. Die E-Volution im Busverkehr muss mit Oberleitungsbussen und Elektro-Hybridbussen erfolgen. Das Carsharingangebot „Car to go“ laufe in Stuttgart bereits mit Elektrofahrzeugen.

Das Verkehrsmanagement ist ebenfalls ein wichtiger Baustein. Hierbei geht es nicht um eine grüne Welle, sondern um multimodale Angebote zur Zielerreichung auf Basis der Daten des Verkehrsmanagements, abrufbar

über eine App. Schließlich wies Herr Minister Herrmann auf die Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung, verbunden mit einer gestalterischen Aufwertung des öffentlichen Raums, hin. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist die Ortsdurchfahrt in der Gemeinde Rudersberg (Rems-Murr-Kreis).

In der anschließenden Diskussion formulierte Herr Minister Herrmann den Wunsch an die Forschung, der Frage nachzugehen, wie die notwendigen Transformationsprozesse in den Köpfen der Menschen angestoßen werden könnten. Es geht darum, in der autogerechten Stadt aufgewachsene, autoaffine Menschen zu Menschen mit einer aktiven Mobilität zu machen. Mobilität ist mehr als Autofahren. Forschung soll auch der Frage nachgehen, wie der ländliche Raum mit individualisiertem öffentlichem Personennahverkehr versorgt werden kann.

Gefragt nach Visionen für Mobilität führte Herr Minister Herrmann aus, dass die Zukunftsbilder der Automobilhersteller, ernst genommen werden müssen. Die Wirtschaft macht sich durchaus Gedanken, fokussiert jedoch das Auto. Zukunftsgerechte Mobilität muss jedoch im Vergleich zu heute mit einem Bruchteil der Autos auskommen. Das würde jedoch nicht im Interesse der Autoindustrie liegen.

Angesprochen auf die WHO-Schwellenwerte für Feinstaub und NO₂ führte Herr Minister Herrmann aus, dass in der Einhaltung der EU-Grenzwerte das erste Ziel besteht. Die WHO-Werte wären deutlich anspruchsvoller.

17.00 Schlussworte und Ausblick

Martin Schmied | Umweltbundesamt

Martin Schmied, Abteilungsleiter Verkehr, Lärm und räumliche Entwicklung im Umweltbundesamt, hebt hervor, dass im Mittelpunkt der Konferenz die Veröffentlichung der neuen UBA Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ stand. Aber mindestens genauso wichtig ist seiner Meinung nach das Ziel, Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern aufzubauen und die anwesenden Akteurinnen und Akteure zu vernetzen. Das Umweltbundesamt lädt daher alle Teilnehmende ein, auch im Nachgang der Veranstaltung Kontakte aufzubauen, falls Interesse an einem Austausch zum Thema „Urbaner Umweltschutz“ besteht – oder gemeinsam zum „Urbanen Umweltschutz“ zu forschen.

Nach Herrn Schmied haben die Diskussionsbeiträge zur UBA-Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ gezeigt, dass einzelne Themen stärker betont werden sollten. Ein prominentes Beispiel war das Thema Nachhaltige Mobilität. Zu diesem Thema, wie auch zu anderen urbanen Themen wird natürlich am Umweltbundesamt geforscht, werden Strategien, Konzepte und Maßnahmen für den Schutz der Umwelt und Gesundheit entwickelt.

Die UBA-Forschungsagenda will aber über die Erforschung von einzelnen Themen hinausgehen. Sie will Querverbindungen zwischen diesen Themen herstellen und durch eine fachübergreifende, inter- und transdisziplinäre Betrachtung von Themen Lösungsmöglichkeiten für eine an Umweltqualitätszielen ausgerichtete Entwicklung von urbanen Räumen aufzeigen. Die Forschungsagenda ist daher eine Ergänzung der Arbeiten des Umweltbundesamtes zu Einzelthemen. Durch diese integrierte Betrachtung von Themen und die Erarbeitung von fachübergreifenden Lösungsmöglichkeiten entsteht ein Mehrwert gerade für den Umwelt- und Gesundheitsschutz in urbanen Räumen.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung und urbanen Umweltschutz brauchen wir eine Verstärkung der Zusammenarbeit aller Akteure, Fachbereiche sowie Ressorts. Die UBA Forschungsagenda stellt gerade die Zusammenarbeit mit den hier anwesenden Expertinnen und Experten in den Vordergrund. Herr Schmied resümiert, dass der heutige Tag daher lediglich ein erster Anstoß dafür war. Er bedankt sich bei allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben – als Kommentierende, Vortragende, Diskutanten, Impulsgebende oder Organisatoren.



Rolf Bräuer | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Rolf Bräuer, Referatsleiter Flächenverbrauch, Verkehrswegeplanung, Siedlungsentwicklung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, weist darauf hin, dass mit der neuen Forschungsagenda des Umweltbundesamtes die vielfältigen urbanen Kontexte des Umweltschutzes abgebildet sind. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda ist die stetige Betrachtung des städtischen Umlands und der Stadt-Land-Verflechtungen notwendig.

Er äußert die Erwartung, dass mit der Forschungsagenda die gesellschaftlichen und ökologischen Implikationen in den Mittelpunkt rücken sowie umsetzungsfähige und regulative Forschungsvorschläge erarbeitet werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Handel mit Flächenzertifikaten.

Von wachsender Bedeutung und hohem Einfluss ist die verstärkte Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie. Es gehe darum, mit vernetzten Infrastrukturen Dienstleistungen für die Städte besser zu erbringen. Es ist erforderlich, eine Strategie für gekoppelte, integrierte und intelligent gesteuerte Infrastrukturen zu entwickeln.

Seinen abschließenden Dank verbindet Herr Bräuer mit der Erwartung, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz auch die weitere Umsetzung der Forschungsagenda intensiv begleiten werden.

